



Mahnung zu friedlichen Konfliktlösungen weltweit

Fraktion DIE LINKE vor Beginn der Sitzung des Thüringer Landtags am Weltfriedenstag

Mit einer symbolischen Plakat-Aktion kurz vor Beginn der Sitzung des Landtags am 1. September haben die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE an das Anliegen des Weltfriedenstages erinnert.

„Der Weltfriedenstag soll nicht nur die Menschen, die dem am 1. September 1939 begonnenen und vom nationalsozialistischen Deutschland provozierten Zweiten Weltkrieg millionenfach zum Opfer fielen, in das Gedächtnis rücken, sondern auch an jene Millionen erinnern, die bis heute unter Krieg, Gewalt und Verfolgung leiden. Dieser Tag ist uns mahnende Verpflichtung für eine aufrechte Friedenspolitik“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Landtagsfraktion und Parteivorsitzende in Thüringen.

„Es ist eine Illusion, zu glauben, mit Militäreinsätzen Konflikte tat-

sächlich lösen zu können. Das lehren nicht nur der Blick in die Geschichte, sondern auch die aktuell laufenden kriegerischen Einsätze. Trotzdem ist Deutschland entgegen seiner historischen Verantwortung, auf militärische Mittel in der Politik zu verzichten, in vielen Regionen der Welt an solchen

Aktionen beteiligt. Gegenwärtig gibt es auf fünf von sieben Kontinenten bewaffnete Konflikte. Circa dreiviertel aller Menschen leben in Staaten, in denen es bewaffnete Konflikte gibt“, resümierte die Landespolitikerin. „Zudem ist die BRD weiterhin einer der führenden Waffenexporteure in nahezu alle Teile der Welt – sogar in Krisenstaaten sowie an diktatorische und undemokratische Regime.“

sofortige Stopp von Rüstungsexporten. „Eine am Frieden orientierte Politik hat die Aufgabe, die Ursachen von Konflikten frühzeitig zu erkennen und diese mit zivilen, gewaltlosen Mitteln zu beseitigen“, so Susanne Hennig-Wellsow.

Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) hatte die Plenarsitzung eröffnet und bevor sie entsprechend der Ge-



Die notwendige Absage an eine militärische Konfliktlösung müsse endlich gemeinsam über Partei- und Landesgrenzen hinweg konsequent angegangen werden. Ein erster Schritt wären die Beendigung aller militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Abschaffung aller Atomwaffen und der

schäftsordnung die Abgeordneten der Linksfraktion bitten musste, die nonverbalen Zeichen einzustellen, Jimi Hendrix zitiert: „Wenn die Macht der Liebe die Macht übersteigt, erst dann wird die Welt endlich wissen, was Frieden heißt.“

AKTUELL

Zukunft des Standortübungsplatzes Ohrdruf klären

Im Vorfeld des Weltfriedenstages am 1. September hat die Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Land und Gothaer Wahlkreisabgeordnete, Dr. Johanna Scheringer-Wright, eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Zukunft des Standortübungsplatzes Ohrdruf – Auf- oder Abrüstung?“ eingereicht.

Sie legt darin dar, dass für die Flächen des Standortübungsplatzes ein attraktives Nutzungskonzept vorliegt, bei dem eine ganzjährige Weidewirtschaft mit standortangepassten Weidetieren und touristischen Angeboten gekoppelt ist. Den verantwortlichen Stellen lag dieses Konzept vor, jedoch kam es bislang nie zu einer

Umsetzung. „Die Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin von der Leyen, den Standort Ohrdruf mit acht Millionen Euro zu modernisieren, reiht sich ein in die Strategie der Bundesregierung, Deutschland massiv aufzurüsten. Diese Militarisierung kann in allen Bereichen des öffentlichen Lebens beobachtet werden. Bundesinnenminister de Maizière stellte kürzlich ein Zivilschutzkonzept vor, das die Empfehlung zur Vorratshaltung enthält, um auf alle eventuellen Bedrohungen vorbereitet zu sein. Die Bundeswehr wird kontinuierlich beworben, durch Waffenschauen, in Schulen und großen Werbekampagnen – auch hier in Thüringen. All dies führt in der Bevölkerung zu einer schleichenden Gewöhnung an die Militarisierung. Diese Entwicklung geht einher mit einer zu-

nehmenden Schwächung der Friedensbewegung.“

In der Kleinen Anfrage fragt Johanna Scheringer-Wright nach, wie die Landesregierung die Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin einschätzt und welche Möglichkeiten sie sieht, doch noch eine friedliche Nutzung von Ohrdruf zu erreichen.

Noch trainiert auf dem Standortübungsplatz das Aufklärungsbataillon 13 mit seinen Spähpanzern und den unbewaffneten Aufklärungsdrohnen vom Typ LUNA. Die über 500 Soldaten des Bataillons bereiten sich auf ihre Einsätze in Afghanistan und Mail vor. Nach der Anschaffung von bewaffneten Drohnen werden die Soldaten auf diesem Übungsplatz möglicherweise den globalen Krieg per Joystick trainieren.

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Qualität vor Quantität

Es waren durchwachsene Zahlen zur Tourismusentwicklung in Thüringen im ersten Halbjahr, die kürzlich das statistische Landesamt veröffentlicht hat. Sie gehen überwiegend auf die schneearme Wintersaison im Thüringer Wald zurück. Dieser hat als größtes Reisegebiet des Landes einen Rückgang der Gästezahlen um 3,2 Prozent in Kauf nehmen müssen, während besonders der Tourismus in die Thüringer Städteketten zugenommen hat.

Gerade diese Entwicklung dokumentiert, warum es so dringend erforderlich ist, unseren Markenkern Thüringer Wald als Ganzjahresdestination weiterzuentwickeln. Ich verweise dazu auf die bereits angeschobenen Projekte der Landesregierung: Zukunft Thüringer Wald und Masterplan Wanderwege. Unsere Wanderwege werden in Zukunft ein zentrales Mittel sein, um ganzjährig die wunderschönen Naturlandschaften des Thüringer Waldes und darüber hinaus in ganz Thüringen zu erkunden. Mit dem Deutschen Wandertag 2017 in Eisenach und der dortigen Präsentation unseres Masterplans Wanderwegenetz wird Thüringen diese Entwicklung massiv vorantreiben. Auch hier gilt, wie im gesamten Tourismus, Qualität vor Quantität. Hier muss und wird die Landesregierung auch in den kommenden Jahren massiv investieren, um den zweitwichtigsten Wirtschaftszweig Thüringens, den Tourismus, weiter auszubauen.

Wichtig wäre dazu vor allem auch ein noch besseres Ineinandergreifen der verschiedenen Bereiche in der Landesentwicklung. Gerade wer Wanderfreunde zu längeren Strecken und Aufhalten motivieren will, muss noch in zahlreichen Bereichen einen Zahn zulegen. Statt bloßer Konkurrenz um die Gäste brauchen wir die Zusammenarbeit des Hotel- und Gaststättengewerbes, zum Beispiel um flächendeckende Angebote zum Gepäcktransport zu entwickeln. Aber auch der Freistaat Thüringen muss etwa im Bereich der infrastrukturellen Entwicklung und eines abgestimmten ÖPNV-Angebotes noch nachlegen. Das Erfolgsmodell Rennsteigticket braucht eine Verstärkung und Ausweitung auf alle Kreise und kreisfreien Städte rund um den Thüringer Wald. Nur wenn wir den Gästen qualitativ hochwertige Angebote in gelungener Zusammenarbeit anbieten, kommen sie zu uns und vor allem auch gerne wieder.

KURZ UND PRÄGNANT

Train of Hope-Tag: Dank für Solidarität

Am 5. September 2015 kam in Saalfeld der erste sogenannte Train of Hope mit mehreren hundert Menschen aus Kriegsgebieten in Thüringen an. In kürzester Zeit organisierten sich damals Helferinnen und Helfer, um die Geflüchteten gemeinsam mit Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, MinisterInnen der rot-rot-grünen Koalition und dem Deutschen Roten Kreuz in Empfang zu nehmen. „Ein berührender und beeindruckender Tag, der eindrücklich bewies, dass es viele Menschen in Thüringen gibt, denen es wichtig war, von Anfang an Humanität im Umgang mit Geflüchteten zu zeigen“, so Katharina König. „Unzählige ehrenamtliche Initiativen folgten in ganz Thüringen, um gemeinsam mit Akteuren des Landesverwaltungsamtes, des DRK, der AWO, den Kirchen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sowie oftmals Gemeinde- und Stadtverwaltungen die Unterbringung und das Ankommen vor Ort zu gestalten“, ergänzte Sabine Berninger. Beide Abgeordnete dankten im Namen der Fraktion DIE LINKE allen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren, welche sich seit Monaten, teils seit Jahren, im Bereich der Flüchtlingshilfe, zum Beispiel durch Sprachunterricht, Unterstützung bei Behördengängen, gemeinsame Sport- und Freizeitaktivitäten, unterstützend bei Job- und Wohnungssuche oder einfach als Ansprechpartner für Geflüchtete engagieren und Zeit und Kraft investieren. ■

Zehnte Thüringer Hochschule gebildet

Am 1. September wurde aus den Berufsakademien in Gera und Eisenach eine Duale Hochschule, die zehnte in Thüringen. Der LINKE Hochschulpolitiker Christian Schaffa gratulierte den Studierenden, die sich endlich über voll anerkannte Bachelorabschlüsse freuen können: „Personell gestärkt wird die Lehre und die Gremien erfahren mehr Mitbestimmung. Es ist ein bedeutender Meilenstein für die regionale Wirtschaft und für die weiter zunehmende Attraktivität der beiden Standorte Eisenach und Gera. Rot-Rot-Grün hat damit ein weiteres Mal belegt, welchen hohen Stellenwert wir dem Wissenschaftsland Thüringen einräumen. Mit den finanziellen Zuwächsen um 160 Millionen Euro in der Rahmenvereinbarung IV, dem offenen Dialogverfahren zur Vorbereitung der Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes und der finanziellen Besserstellung des Studierendenwerks machen wir deutlich, dass wir die solide Basis der Thüringer Wissenschaft weiter ausbauen.“ ■

Kein Mensch ist illegal

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 31. August das Thema „Keine deutsche Staatsangehörigkeit für illegale Flüchtlinge“ debattiert. Für die Fraktion DIE LINKE sprach die Flüchtlingspolitikerin Sabine Berninger. Im Folgenden Auszüge aus dem Redeprotokoll:

Auf die Gefahr hin sonst nicht reden zu dürfen, habe ich eine Jeansjacke über mein T-Shirt gezogen, auf dem „Pro Asyl - der Einzelfall zählt“ steht. Wir erleben einen erschreckenden Werteverfall und eine Verrohung der Sitten und zwar hier im Parlament. Und zwar im Agieren der CDU-Fraktion. Jüngster Ausdruck dessen, dass sich die Oppositionsfraktion CDU hier im Thüringer Landtag immer mehr von einer sachgerechten und seriösen Politik entfernt, ist die vorliegende Aktuelle Stunde.

Man kann sagen, die CDU eifert sehr erfolgreich dem rechtspopulistischen und realitätenverzerrenden Gebaren der Fraktion ganz rechts hier im Landtag nach. Mit dem Titel der Aktuellen Stunde vermischt die CDU nämlich zwei Themen, einerseits den Vorschlag, in der Bundesrepublik neugeborenen Flüchtlingskindern die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen, sowie zweitens, den illegalisierten Menschen die Perspektive auf einen legalen Aufenthaltsstatus zu eröffnen. Der Ministerpräsident, der beide Vorschläge zuletzt zur Diskussion stellte, sagte heute, er erhoffe sich eine

aufklärerische Debatte. Lieber Bodo Ramelow, diese Hoffnung hatte ich heute Morgen schon nicht und jetzt immer weniger.

Allein der Titel, der als Schlagzeile in keiner Nazi-Zeitschrift irgendwie auffallen würde, macht deutlich, dass sich die CDU von jedem aufklärerischem Anspruch abgewendet hat. Wenn man dann noch anschaut, mit welchen Sprüchen sich der Fraktionsexperte äußert, dann wird klar, man betreibt reine Stimmungsmache abseits aller sachlichen Erwägungen. „Den deutschen Pass dürfen nur bekommen, wer voll integriert sei



und in ungeteilter Loyalität zur Bundesrepublik stehe“, so Herr Herrgott in einer Pressemitteilung und eben auch wieder. Heißt das, es ist eine Initiative zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft zu erwarten für Leute, die sich illegal zur Bundesrepublik verhalten, wie etwa rechts außen die Menschen hier im Plenum? Haben Sie mal darüber nachgedacht, dass Integration über Anreize und Angebote funktioniert? Beispielsweise den Anreiz, der sagt, wir er-

kennen euch an, wir wollen euch in unserer Gesellschaft? Sie unterstellen Bodo Ramelow, er wolle deutsche Pässe und Aufenthaltsrecht wie Manna vom Himmel regnen lassen, eben haben Sie von einem Passautomaten gesprochen, das ist unerhört, ebenso wie ihre geäußerte Befürchtung einer Sogwirkung, dass Flüchtlinge es als Aufforderung auffassen würden, hierher zu fliehen.

Ich kann mir in etwa vorstellen, was Sie bezwecken, das ist alles bereits Wahlkampf, Sie versuchen, Wähler von rechts zu ziehen. Da Sie fürchten, das nicht mit inhaltlichen Angeboten zu schaffen - und das kann ich sogar nachvollziehen, schließlich glänzen Sie ja auch nicht gerade mit inhaltlichen Angeboten -, benutzen Sie die Methoden als auch die Sprache der Rechtspopulisten. Sie nehmen dafür gerne in Kauf, als Fachpolitiker nicht länger ernst genommen, sondern für dumm gehalten zu werden, wie übrigens ihre Bundestagskollegen Hauptmann, Schipanski und Mayer.

**„Ihr sollt zu uns gehören,
ihr habt Rechte, ihr habt
Pflichten so wie alle anderen,
die hier leben.“**

Sie unterschlagen alle Vorstöße und Initiativen zur Legalisierung der Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Und die Kriterien enthielten, was die Aufenthaltsdauer und andere Zugangsvoraussetzungen betrifft. Auch in anderen europäischen Staaten bereits praktizierte Legalisierungsinitiativen waren immer an Bedingungen geknüpft. Sie behaupten mit Ihrer populistischen Schlagzeile „Keine deutsche Staatsangehörigkeit für illegale Flüchtlinge“, Neugeborene seien illegal. Welche inhumane Einstellung steckt denn hinter dieser Geschmacklosigkeit? Kein Mensch ist illegal, meine Damen und Herren, auch kein Kind. Trotzdem ist es zurzeit sogar so, dass neugeborene Flüchtlingskinder über sechs Monate auf eine Geburtsurkunde warten, von der Bürokratie in Deutschland sozusagen illegal gehalten werden.

Warum uns die Frage der Ermöglichung eines legalen Aufenthaltsstatus so wichtig ist? Aus unserem Respekt vor der Würde der Menschen. Niemand sollte gezwungen sein, in ständiger Unsicherheit, in der Angst entdeckt zu werden, zu leben. Auch keine UnterstützerInnen, kein Arzt sollte in diesem Grauschleier der Illegalität arbeiten müssen. Ich bin Ministerpräsident Ramelow sehr dankbar für beide Vorschläge und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem zustimmen, was er heute Morgen gesagt hat: „Wer hier geboren ist, muss auch von Anfang an integriert werden und dazugehören können. Mit dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft sagen wir den Kindern und im Übrigen auch deren Familien: Ihr sollt zu uns gehören, ihr habt Rechte, ihr habt Pflichten so wie alle anderen, die hier leben.“

Herzlichen Dank, Bodo Ramelow!
Fotos (S. 5 u. 6): Peter Lahn

Eine unberechtigte und überzogene Kritik

„Die Integrationsbeauftragte macht genau das, wozu sie da ist: sie bringt ihre Expertise im Sinne der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer ein“, verteidigte MdL Sabine Berninger die Äußerungen der Thüringer Integrationsbeauftragten Mirjam Kruppa zur umstrittenen Wohnsitzauflage. „Im Gegensatz zu Vorgängerregierungen war sich Rot-Rot-Grün einig, die Kompetenzen des Integrationsbeirates und der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge, deren Bezeichnung wir ja eben deshalb weiter gefasst haben, zu stärken und weiter zu fassen.“

Dass sich nun Innenminister Holger Poppnhäger, der Mitglied der entsprechenden Koalitionsverhandlungsgruppe gewesen ist, darüber echauffiere, „dass Frau Kruppa genau diesem Anspruch gerecht wird, stößt in meiner Fraktion auf höchstes Unverständnis. Es ist genau das, was eine Beauftragte auszeichnet, nämlich im Sinne der Betroffenen u.U. auch in Widerspruch zu einzelnen Regierungsmitgliedern parteiisch zu sein und die Rechte derer, für die sie beauftragt wurde, einzufordern. Und wenn der Minister insbesondere auf die Sozialkosten abzielt, die eine auf einzelne Kommunen zugeschnittene Beauftragung zur Wohnsitznahme oder des Verbots, in bestimmten Orten den Wohn-

sitz zu nehmen, verringern soll, dann kann ich nur auf die Rechtslage verweisen“, betonte die Abgeordnete. Eine Wohnortzuweisung aus fiskalischen Gründen habe erst im Frühjahr der Europäische Gerichtshof als mit der Genfer Flüchtlingskonvention als auch der EU-Qualifikationsrichtlinie unvereinbar festgestellt. Integrationspolitisch mache es viel mehr Sinn, den Menschen Angebote - zum Erlernen der deutschen Sprache, zu Ausbildung, Arbeit, Begegnung und nachbarschaftlichem Miteinander - zu unterbreiten als Zwangsmaßnahmen anzuordnen. Die Landesregierung sei gefordert, dafür in den Landkreisen und kreisfreien Städten bestehende Strukturen zu fördern und neue zu schaffen.

„Es ist integrationspolitisch unsinnig, inzwischen gewachsene Beziehungen, etwa zu MitschülerInnen, NachbarInnen und UnterstützerInnen wieder zu zerreißen. Auch, Flüchtlinge in ländliche Gegenden zu schicken, in denen es nur wenige Partizipationsmöglichkeiten gibt“, sagte Sabine Berninger. Eine flächendeckende Verteilung, um die es nun anscheinend auch dem Innenminister gehe, habe mit Integrationspolitik nichts zu tun und sei auch keine Rechtsgrundlage für derartige Zwangsmaßnahmen. ■

In Sachen wirksame fakultative Referenden

Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts macht direkte Demokratie anwendbar

In der jüngsten Sitzung des Landtags legte die CDU-Fraktion Verfahrensvorschriften zur Umsetzung des so genannten fakultativen Referendums vor. Im Juni hatte die CDU schon die Verfassungsänderung in den Landtag eingebracht, die notwendig ist, um dieses direkt-demokratische Instrument in Thüringen einzuführen.

„Fakultatives Referendum“ bedeutet: Zu vom Parlament beschlossenen Gesetzen kann in einer bestimmten Frist nach der Veröffentlichung ein Volksbegehren gestartet werden. Werden bei der Unterschriftensammlung genügend Unterstützerunterschriften zusammengebracht, kommt es über das jeweils neu beschlossene Parliamentsgesetz zum Volksentscheid. Das fakultative Referendum gibt es schon seit längerer Zeit in der Schweiz.

Wenn Referendum, dann richtig

„Die LINKE-Fraktion befürwortet das direkt-demokratische Instrument des fakultativen Referendums schon viele Jahre“, betonte Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung. Das von der CDU gewählte Modell (z.B. die 50.000 Unterschriften, um das Verfahren zu starten) entspricht dem Schweizer Modell. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Anders als im CDU-Vorschlag gibt es in der Schweiz keinen Finanz- und Abgabenvorbehalt bei der direkten Demokratie, also auch nicht beim Referendum. An diese Feststellung schloss Anja Müller eine deutliche und entscheidende Kritik am CDU-Gesetzentwurf an: „Über eine Verweisung im Gesetzentwurf hat die CDU die Demokratiebremsen Finanztabu und Abgabenvorbehalt in ihren Vorschlag zum fakultativen Referendum eingebaut. Deshalb hat die LINKE-Fraktion in der ersten Lesung zur Ver-

fassungsänderung diesen Vorschlag als Mogelpackung bezeichnet. Denn solange in Thüringen noch ein so weitreichendes Finanztabu und ein Abgabenvorbehalt bestehen, sind viele Themen von Volksbegehren und Volksentscheid ausgeschlossen – weil sie Mehrausgaben oder erhebliche Umschichtungen von Mitteln im Landeshaushalt verursachen.

Die LINKE-Fraktion fordert daher, dass verbunden mit der Diskussion um das fakultative Referendum zwingend auch über die Abschaffung des Finanz-



tabus und des Verbots der Abstimmung über Abgaben gesprochen werden muss. Wenn Einführung des fakultativen Referendums, dann auch richtig und so umfassend wie möglich.“

Die Abgeordnete sagte auch, dass dieses weitreichende Finanztabu sich beim laufenden Volksbegehren zur Gebietsreform auswirken wird. Denn bei einem Erfolg würde es zu Veränderungen im Landeshaushalt kommen, die die Kommunen finanziell betreffen. Anja Müller erklärte für die LINKE Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu den Gesetzentwürfen, „doch die CDU muss ernsthaft bereit sein, das Thema Abschaffung Finanztabu und Abgabenvorbehalt anzugehen“. Auch SPD-Abgeordnete Dorothea Marx und GRÜNE-Abgeordneter Dirk

Adams erklärten sich für die Koalitionspartner bereit, wenn die CDU eine ernsthafte Weiterentwicklung der direkten Demokratie angehen will. Adams wies darauf hin, dass sich GRÜNE und LINKE schon lange für die Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts in Thüringen einsetzen.

CDU bereit, zu verhandeln

In der Debatte signalisierte Fraktionsvorsitzender Mike Mohring, dass die CDU in den weiteren Beratungen der beiden Gesetzentwürfe bereit ist, über die Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts – ebenfalls in der Verfassung verankert – zu sprechen und über ein „Gesamtpaket“ zu verhandeln. In der weiteren Debatte wies LINKE-Kommunalpolitiker Frank Kuschel nochmals ausdrücklich darauf hin, dass das von der CDU unterstützte Volksbegehren in Sachen Gebietsreform nun wohl auch deshalb in Schwierigkeiten kommen wird, weil die CDU über viele Jahre sich vehement gegen jegliche Änderung in Sachen Finanztabu und Abgabenvorbehalt gewehrt hatte. Nach Ansicht der LINKE-Fraktion ist es sinnvoll, zur Weiterberatung der Gesetzentwürfe auch eine Anhörung durchzuführen und dazu Sachverständige in Sachen fakultatives Referendum und direkte Demokratie ohne „Finanzhürden“ auch aus der Schweiz einzuladen.

Zuständig für die weitere Ausschussarbeit sind in diesem Fall der Innen- und Kommunalausschuss und der Justizausschuss, der sich generell um Verfassungsfragen kümmert. Ralf-Uwe Beck forderte namens des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ die Landtags-Fraktionen auf, in Sachen wirksame Referenden – auch angesichts positiver Erfahrungen damit in der Schweiz – aufeinander zuzugehen.

Sandra Steck

VON A BIS Z:

Netzneutralität

Der Bericht der BEREC zu den Leitlinien zur Netzneutralität in Europa wird von MdL Katharina König begrüßt. „Bemerkenswert, dass der Spielraum für sogenannte Spezialdienste weitgehend eingeschränkt wurde. Damit bleibt das Netz offen auch für kleine und neue Angebote, die sich einen teuren Wettbewerb um Geschwindigkeit mit Google, Facebook und Co nicht leisten können.“ Außerdem machte das Gremium deutlich, dass die Einhaltung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechte notwendig ist. „Das ist eine erfreuliche Nachricht für alle Nutzerinnen und Nutzer“, konstatiert die Netzpolitikerin, die hierin einen Erfolg der intensiven Bürgerbeteiligung sieht. Fast 500.000 Stellungnahmen waren für die Richtlinien bei der BEREC eingegangen. „Allerdings werden gerade im Bereich mobiles Internet Eingriffe in den Datenstrom weiterhin zum Alltag gehören. Es bleibt die schwierige Aufgabe der Bundesnetzagentur, diese auf ihre Zulässigkeit, Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit zu überprüfen.“

Die BEREC (Body of European Regulators for Electronic Communications) ist das Gremium der europäischen Regulierungsstellen für den Telekommunikationssektor. Die von der BEREC erlassenen Richtlinien geben vor, wie die Verordnung zur Netzneutralität ausgelegt werden soll. Die jeweiligen Behörden der Mitgliedsländer, in Deutschland die Bundesnetzagentur, überwachen die Einhaltung der Vorschriften auf dieser Grundlage.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen sind anberaumt vom 28. bis 30. September, vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Fraktion vor Ort:

Mitglieder der Linksfraktion sind am Mittwoch, den 21. September, in Kahla, Kleinstadt im mittleren Saaletal, vor Ort. Anschließend findet um 19 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion im Rathausfestsaal statt.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Glyphosat-Einsatz

„Endlich konkrete Schritte für mehr Gesundheit der Menschen und Artenschutz in Thüringen“, so MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright zum Beschluss des Koalitionsantrages „Glyphosat-Einsatz begrenzen“. Zu oft würden gerade in Kommunen und von Hauseigentümern chemische Pflanzenschutzmittel entgegen der Anwendungsvorschriften des Herstellers ausgebracht. Agrarforschung sowie Aus- und Weiterbildung in den grünen Berufen sollten sich vorbereiten, dass es mittelfristig zu einem generellen Verbot von Glyphosat komme. „Auch dann wird noch eine leistungsfähige Landwirtschaft möglich sein, nur müssen sich die Bauern wieder auf die Ackerbaumethoden ohne Glyphosat-Einsatz besinnen.“

Landesfrauenrat

Anlässlich der Vorstandsneuwahl des Landesfrauenrates am 3. September hat die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, dessen Engagement im Rahmen der politischen Interessenvertretung aller Frauen in Thüringen gewürdigt. Dem Frauenrat gehören 31 Frauenorganisationen an. Er tritt für die Verbesserung der Situation der Frauen in Beruf, Gesellschaft und Familie ein und will den Einfluss von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken. „Die Themen Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, Frauengesundheit und die Anliegen von in der DDR geschiedenen Frauen werden auch künftig auf unserer gemeinsamen Agenda stehen“, sagte die Landtagsabgeordnete.

Gesundheitsdienst

Die Regierungsfaktionen bekräftigten in der Landtagsdebatte am 1. September, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in Thüringen nachhaltig gestärkt werden soll. Hier werde ein elementarer Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geleistet, betonte der LINKE-Abgeordnete Jörg Kubitzki. Bis zum Ende der Legislatur soll ein Thüringer Gesetz zum öffentlichen Gesundheitsdienst auf den Weg gebracht werden, das den angestellten Ärzten und den Kommunen Planungssicherheit gibt. Sicherergestellt wird die angemessene Bezahlung der im öffentlichen Gesundheitsdienst tätigen Ärztinnen und Ärzte, analog den Löhnen in anderen Bereichen des Gesundheitswesens.

KURZ UND PRÄGNANT

CDU-Jugendpolitik ist doppelzünftig

In der Plenardebatte am 1. September zum CDU-Antrag zur Jugendpolitik hat der LINKE-Abgeordnete Christian Schaft der CDU Doppelzüngigkeit vorgeworfen. Einerseits setze sie sich wortreich für mehr Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ein, andererseits würden durch CDU-Bundesgesetzgebung hunderttausenden Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren Job-Center Leistungen gestrichen. „Die Regeln für Strafen sind hier noch strenger als bei den erwachsenen Leistungsempfängern.“ Der Abgeordnete erinnerte daran, dass die CDU im letzten Jahr sogar gegen die Absenkung des Wahlalters für Jugendliche auf 16 Jahre stimmte. Obwohl der CDU-Antrag zu wenig auf die Einbeziehung von Jugendlichen orientiere, wurde er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen in den Jugendausschuss überwiesen, um ihn dort überarbeiten zu können. ■

Arbeitsmarktzahlen: Erfreulicher Trend

Mit Blick auf die aktuellen Arbeitsmarktdaten erklärte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der LINKE-Landtagsfraktion: „Es ist erfreulich, dass der Arbeitsmarkt in Thüringen im August wieder eine positive Entwicklung im Vergleich zum Vormonat nimmt.“ Die Zahl der Arbeitslosen sank um gut 1.700 auf rund 73.400, damit waren es auch rund 9.300 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,4 Prozent. „Unsere Arbeitsmarktinstrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung und das Programm ‚Arbeit für Thüringen‘ entfallen also weiterhin entlastende Wirkung.“ Wenn man aber auf die so genannte Unterbeschäftigung blicke (wer durch Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsunfähigkeit o.a. Programme nicht als arbeitslos erfasst wird), dann betrage die reale Arbeitslosenzahl 98.749 Personen. Es gebe auch einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Ausländern: Die Zahl stieg um 4,9 Prozent gegenüber dem Vormonat und um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach jüngsten Presseinformationen arbeiteten viele Flüchtlinge in Deutschland schwarz – und das zu Dumpinglöhnen und unter schlechten Arbeitsbedingungen. „Das mag stimmen und ist schlimm genug. Schwarzarbeit darf man aber nicht in erster Linie den Flüchtlingen vorwerfen. Wenn sie offiziell eingestellt würden, wäre das der beste Weg zur Verhinderung von illegaler Beschäftigung und würde Ausländer nicht kriminalisieren.“ ■

Weiterer Fall für den Sonderermittler

Bei der Thüringer Polizei wurden offensichtlich seit 2009 Computer heimlich überwacht

Zu den Informationen, wonach bei der Thüringer Polizei seit 2009 Computer offenbar heimlich überwacht wurden, erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Wir gehen davon aus, dass der vom Thüringer Innenminister Dr. Holger Poppenhäger eingesetzte Sonderermittler, der Telefonaufzeichnungen bei der Polizei sowie die Verwendung des Programms 'Device Watch' untersuchen soll, auch intensiv die beiden vom MDR erwähnten Zusatzmodule prüfen wird. Zu klären ist hierbei, mit welchem tatsächlichen Funktionsumfang diese vom Hersteller an die Thüringer Polizei ausgeliefert, welche Funktionen zu welchem Zweck freigeschaltet und genutzt und zu welchen Anlässen welche Art von Zugriffen protokolliert wurden.“

„Grundsätzlich gibt es ein berechtigtes Interesse für Zugangs- und Freigabeverwaltung, einen Schutz vor nicht-autorisierten Datenträgern und unkontrollierten Datenabflüssen aus Polizei-

computern, auch weil dort viele sensible personenbezogene Daten lagern. Es muss sichergestellt sein, dass die dafür zum Einsatz kommende Software zweckmäßig und geeignet ist, die polizeiliche Arbeit und den Datenschutz von Bediensteten und Dritten gleichermaßen zu gewährleisten. Gleichzeitig muss ausgeschlossen sein, dass eine Sicherheitssoftware zur Überwachungssoftware umfunktioniert wird“, so der Landtagsabgeordnete. Vorfälle aus der Vergangenheit, bei denen schützenswerte Daten aus Polizeisystemen an Kriminelle, Neonazis oder Dritte abflossen, verdeutlichten, wie wichtig eine hohe Sensibilität sei.

Nachdem der LINKE-Abgeordnete Rainer Kräuter im Sonderplenar am 17. August zu den Telefonaufzeichnungen bei der Polizei auf missbräuchliche Möglichkeiten beim eingesetzten Programm „DeviceWatch“ hinwies, hatte Minister Dr. Poppenhäger umgehend den Untersuchungsauftrag des Sonderermittlers erweitert, der seinen ersten Bericht binnen zwei Monaten vorlegen soll.

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Bei der Einführung, Anwendung und Erweiterung einer solchen Software ist der zuständige Personalrat nicht nur zu informieren, sondern diesem steht das Recht der vollen Mitbestimmung zu. Ein Beschäftigter muss wissen, welche Tätigkeiten durch den Dienstherrn aufgezeichnet werden und welche weiteren Möglichkeiten zur Aufzeichnung und Überwachung dem Dienstherrn dafür zur Verfügung stehen und unter welchen Voraussetzungen diese zum Einsatz kommen. Hier schauen wir uns intensiv an, ob und inwiefern das damals von der CDU geführte Innenministerium die Personalräte nicht nur informierte, sondern wie diese nach dem Thüringer Personalvertretungsrecht ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen konnten.“

Die Linksfraktion wird dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales dazu mehrere Fragen übermitteln, die bei der Überprüfung der Vorgänge berücksichtigt werden sollen. ■

Nachteilsausgleich für Gehörlose



„Auch gehörlose Menschen in Thüringen benötigen dringend einen Nachteilsausgleich in Form eines Gehörlosengeldes. Dafür werde ich mich bei den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung weiterhin einsetzen“, so Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nach einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Landesverbandes der Gehörlosen, Erika Beyer (s. Foto).

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes werde derzeit im Kabinett beraten, soll zeitnah in den Landtag kommen, und rückwirkend ab dem 1. Juli 2016 gelten. „Gehörlose Menschen haben das Recht, am Leben in allen Bereichen der Gesellschaft gleichwertig teilhaben zu können – das gilt vor allem für ein selbstbestimmtes Wohnen außerhalb von Einrichtungen, aber auch für Arztbesuche,

Volkshochschul-Kurse oder kulturelle Veranstaltungen. Dazu bedarf es dringend der Einführung eines Gehörlosengeldes“, so die Landtagsabgeordnete. Weiteres Gesprächsthema waren Kommunikationsmöglichkeiten im Alter und speziell für Demenz-Kranke vor allem auch in Pflegeheimen und im Rahmen der ambulanten Pflege.

Auch die Information und Aufklärung über Unterstützungsleistungen zur Eingliederung auf den Arbeitsmarkt und über Pflegeleistungen sowie die Vernetzung bestehender Angebote für gehörlose Menschen besonders im Alter stellen eine Herausforderung dar. Die Linksfraktion wird sich dieser Themen annehmen und in intensiver Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gehörlosen ihre Umsetzung politisch unterstützen. ■

Neue Studie zu Ausbildungsabbrüchen

Eine aktuelle Studie des Soziologischen Forschungsinstitutes Göttingen (SOFI) zeigt, dass immer noch ein Viertel aller beruflichen Ausbildungsverträge jedes Jahr vorzeitig gelöst werden. „Eine schwierige Situation für die betroffenen Jugendlichen, denn ein Abbruch der Ausbildung wird meist als Scheitern betrachtet und mit Blick auf Berufswahl und Ausbildungsfähigkeit diskutiert, ohne den betrieblich-beruflichen Kontext zu sehen“, so die ausbildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel. Neben den Schulabschlüssen spielten die Attraktivität der Berufe und die Größe der Ausbildungsbetriebe eine Rolle. „In kleineren Betrieben und bei geringeren betrieblichen Ausbildungsinvestitionen kommt es häufiger zu Ausbildungsabbrüchen.“

Klein- und Kleinstbetriebe, die fast die Hälfte aller Ausbildungsplätze stellen, haben meist durch den wirtschaftlichen Druck zu wenig finanzielle und personelle Ressourcen, um eine Ausbildung optimal zu gestalten. Viele Jugendlichen erleben die Ausbildungszeit auch als Zeit des persönlichen Umbruchs. Neue Verhaltensanforderungen im Betrieb und private Umstellungen überfordern sie. Oft haben die Auszubildenden keine klaren Ansprechpartner und es werden keine regelmäßigen Anleitungs- und Feedbackgespräche geführt. Sie nehmen dies dann als fehlenden kollegialen Respekt, mangelnde Wertschätzung und als Ausdruck der eigenen Machtlosigkeit wahr. ■

DAS THEMA

Brückenbauer beim Fest der Brüderlichkeit

Der Thüringer Landtag zog mit einem SHUK ACHAVA die Gäste in seinen Bann

Landtagspräsident Christian Carius hatte gemeinsam mit den ACHAVA Festspielen Thüringen am Samstag, den 3. September, zum SHUK ACHAVA – einem Tag mit Literatur, Musik, Kabarett, Kulinarik, Aktivitäten für Kinder sowie der Eröffnung der Wanderausstellung „Israelis und Deutsche. Die Ausstellung“ – eingeladen und damit das Thüringer Landesparlament in Erfurt einem ganz besonderem Fest der Kulturen geöffnet. Dessen Faszination zog große und kleine Gäste, viele Jugendliche waren unter ihnen, in ihren Bann.

Nach den Vormittagsrunden zum Thema „Israel anders kennenlernen“ mit mehreren Podiumsgesprächen und Vorträgen war zur offiziellen Eröffnung des SHUK ACHAVA, was auf hebräisch soviel wie Markt der Brüderlichkeit bedeutet, viel vom Aufeinanderzugehen und Neugierigsein die Rede. Ministerpräsident Bodo Ramelow betonte: „Es gibt keine Alternative zu Dialog, Toleranz, Begegnung und Miteinanderreden – und das Beste ist, über Kultur miteinander zu kommunizieren.“

Die Vorstellung der Musik-Kabarettistin Anna Mateur im Plenarsaal war ein beredtes Beispiel dafür. Für ihre mit beißendem Humor gespickte Vorstellung gab es immer wieder tosenden Applaus. Auf hohem Niveau auch die

Am frühen Abend rockte „Banda Internationale“ den Innenhof des Landtags. 25 Musiker aus fünf Nationen leben vor, wie Integration musikalisch funktionieren kann. Mit ihrer eingängigen und mitreißenden Blasmusik, die sich unterschiedlichster Einflüsse zum Beispiel aus Osteuropa, Südamerika und Nordafrika bedient, spielt die Dresdner Band unermüdlich auf Demonstrationen, Willkommensfesten und Solidaritäts-Konzerten.

Und es dauerte auch nicht lange, da schlug der Funke über und es wurde mitgesungen, geklatscht und getanzt. Ein stimmungsvoller Abschluss des SHUK ACHAVA.



Typisch orientalische Köstlichkeiten

Ein echtes kulinarische Highlight beim SHUK ACHAVA war die Kooperation des ehemaligen Landtags-Küchenchefs Olaf Pfothenhauer mit dem israelischen Starkoch Avi Steinitz. Gemeinsam bereiteten sie typisch orientalische Köstlichkeiten, wie Hummus, Lamm-Kebab und Shaksuka, vor, und am Stand im Innenhof konnten die Gäste die Vollendung erleben und vor allem kosten.

Olaf Pfothenhauer steht u.a. für die moderne thüringische Küche, hat bereits auf der Grünen Woche gekocht und führt ein eigenes Catering-Unternehmen. Avi Steinitz verbindet traditionell israelische Gerichte mit Inspirationen aus der mediterranen und asiatischen Küche. Er arbeitete im weltbekannten Hotel King David in Jerusalem, Hotel Baur Au Lac in Zürich, Kempinski Hotel Berlin sowie weiteren (Sterne)-Restaurants in Amerika und Frankreich und leitete mehrere Hotelküchen der DAN Hotel Kette. Heute ist er international als selbstständiger kulinarischer Berater tätig.

ihr folgende Band „Cris Cross Strings - Friedemann Eichhorn & Friends“ mit Jascha Nemtsov am Piano und ihren Herz berührenden Stücken aus Film, Pop und Klassik.

Und zwischendurch sehr nachdenkliche Podiumsdiskussionen mit „Brückenbauern“ aus Israel und Deutschland und ihren persönlichen, bewegenden Erfahrungen. Immer wieder machten die Gäste halt an den Stationen der

Die Wander-Ausstellung „Deutsche und Israelis“ wurde bereits in Israel und parallel in deutschen Städten gezeigt und informiert über 50 Jahre (diplomatische) Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Die Ausstellung kann bis zum 16. September besucht werden. Interviews, historische Fotografien und literarische Quellen zeichnen die bewegte Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen nach.

Ausstellung im Zwischengang des Landtagsgebäudes. Sie ist ein eindrucksvoller Beitrag zu dem Anspruch, der an diesem Tag mehrfach formuliert wurde: Es gelte, das Bewußtsein für die Einzigartigkeit der deutsch-israelischen Beziehungen zu bewahren.

„Politik und Bürger - Brücken bauen erforderlich“, dazu diskutierten im Plenarsaal Vertreter der Landtagsfraktionen. Mit dabei die LINKE-Fraktionsvor-

sitzende Susanne Hennig-Wellsow, sozialisiert, wie sie betonte „mit der klaren Haltung ‘Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg’“. Sie verwies auf die lange Geschichte von Judenfeindlichkeit und Antisemitismus und darauf, wie wichtig es ist, dass die Auseinandersetzung mit solchen Einstellungsmustern nicht nachlassen darf.

Text/Fotos: A. Rudolph



Den ganzen Tag wurden an verschiedenen Ständen Informationen und Material zum Mitnehmen angeboten. Dabei waren die Landtagsfraktionen sowie die Deutsch-Israelische Gesellschaft Erfurt und der Erinnerungsort Topf & Söhne, aber auch Verlage und kulturelle Institutionen. Der Plenarsaal war auch zu den Podiumsdiskussionen gut gefüllt.



Durch den Kyffhäuserkreis

Dr. Iris Martin-Gehl auf Sommertour in Heldrungen, Roßleben und Bad Frankenhausen

Auch in diesem Jahr bereiste Dr. Iris Martin-Gehl (MdL) während ihrer Sommertour den Kyffhäuserkreis. Ziel war es, Orte, Einrichtungen und Vereine zu besuchen und die Gegebenheiten vor Ort kennenzulernen. Die Abgeordnete nutzte die Möglichkeit, bestimmte Themen, Fragen oder Probleme in die Bearbeitung im Landtag zu nehmen und bei deren Lösung zu helfen. Im Folgenden Auszüge aus dem Tagebuch:

In Heldrungen besuchte die Abgeordnete den Evangelischen Kindergarten, der umfassend modernisiert und erweitert wurde. Derzeit können bis zu 48 Kinder betreut werden. Die Einrichtung besticht durch ihren weitläufigen und naturnahen Außenbereich. Hier haben die Kinder inmitten von Obstbäumen und direkt neben dem Graben der Heldrunger Wasserburg nicht nur die Möglichkeit, sich auszutoben, sondern auch spielerisch viel über die Tier- und Pflanzenwelt zu erfahren.

Bei den Keglern des SV Viktoria Heldrungen pflastern die Sportfreunde gerade den Eingangsbereich. Im Haus jedoch liegt die eigentliche Herausforderung. Der Anlauf der Kegelbahn samt Unterbau ist kaputt, Feuchtigkeit hebt das Holz. Der Verein kann keinen ordentlichen Wettkampfbetrieb mehr garantieren. Eine Instandsetzung kostet mindestens 6.500 Euro, die der Verein nur schwer aufbringen kann. Iris Martin-Gehl schlug vor, zumindest

Arbeiten über Förder- und Eigenmittel abgedeckt. Dennoch nimmt der Kreisjugendring das Projekt in Angriff und hofft auf weitere Finanzierungsmöglichkeiten. Die Wahlkreisabgeordnete will im Sozialministerium für das Vorhaben des Mehrgenerationenhauses werben. Es könnte alle Angebote im Jugend-, Sozial- und Familienbereich unter einem Dach bündeln und sich damit zu einem Vorzeigeprojekt im Kyffhäuserkreis entwickeln.

Neben der Kindertagesstätte Wipperfärtchen und dem „Schiefen Turm“ besuchte Iris Martin-Gehl auch den Solewasser-Vitalpark in Bad Frankenhausen. Das Wasser des 1.400 Quadratmeter großen Therapiebeckens enthält einen Sole-Anteil von 3,5 Prozent. Da es über eine hauseigene Solaranlage auf 24 Grad Celsius beheizt wird, ist es auch an kühleren Tagen sehr angenehm. Es wird zudem vollbiologisch gereinigt, was einen geringen aber gewollten Algenbewuchs im Becken zur Folge hat. Viele Wirkungsweisen der deutschlandweit einmaligen vollbiologischen Solewasseranlage sind bisher noch nicht vollständig bekannt. Die Mitarbeiter des Vitalparks lernen jeden

Tag Neues hinzu. Derzeit wird z.B. erprobt, welche Pflanzen in der biologischen Reinigungsanlage am besten reinkommen. Um das Therapiebecken laden Stationen mit modernsten Fitnessgeräten, Spielmöglichkeiten und Therapieeinrichtungen, wie einem kleinen Gradierwerk oder einem Kneippbecken, zu Aktivitäten ein.

Beim persönlichen Gespräch mit dem Museumsdirektor stellte sich heraus, dass der Trägerverein Schwierigkeiten beim Bau eines neuen Parkplatzes hat. Der alte kommt für den Neu-

bau nicht in Frage. Er befindet sich auf privatem Boden und ist ein gutes Stück vom Museumseingang entfernt. Hier sind dringend Fragen zu den Besitzverhältnissen und zum Rückbau der Parkplatzanlage zu klären. Iris Martin-Gehl will dazu Kontakt aufnehmen mit dem zuständigen Ministerium und auf eine Lösung des Problems zu drängen.

Text und Fotos: Falko Neubert ■



einen Förderantrag an die Alternative 54 e.V. zu stellen und übergab selbst eine erste kleine Anschubfinanzierung.

In Roßleben hatte der Kreisjugendring in das Mehrgenerationenhaus eingeladen und stellte Pläne für die räumliche Erweiterung vor. Die offene Begegnungsstätte, die derzeit im Gebäude einer alten Schulspeisung untergebracht ist, stellt zahlreiche Spiel-, Sport-, Musik- und Kreativangebote für Kinder und Jugendliche bereit, es gibt u.a. einen Handarbeitszirkel und eine Theatergruppe für Frauen und Familien. Ideal wäre es, wenn das Mehrgenerationenhaus in das gegenüberliegende ehemalige Schulgebäude einziehen könnte, hier wäre genügend Platz. Allerdings sind bisher „nur“ die ersten

Tag Neues hinzu. Derzeit wird z.B. erprobt, welche Pflanzen in der biologischen Reinigungsanlage am besten reinkommen. Um das Therapiebecken laden Stationen mit modernsten Fitnessgeräten, Spielmöglichkeiten und Therapieeinrichtungen, wie einem kleinen Gradierwerk oder einem Kneippbecken, zu Aktivitäten ein.

Zum Abschluss ihres Besuches in Bad Frankenhausen besichtigte die Landtagsabgeordnete zusammen mit Bürgermeister Matthias Strejc das Panorama Museum. Museumsdirektor Gerd Lindner erklärte die Entstehungsgeschichte des 1987 vollendeten Monumentalbildes von Werner Tübke. Der Besuch des Museums sowie die Teilnahme an einer der stündlichen Füh-

Arbeitskreis der Koalition besuchte Rudolstädter TITK

Der Koalitionsarbeitskreis Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat am 30. August zusammen mit Staatssekretär Markus Hoppe und Marko Wolfram, Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt, das Thüringische Institut für Textil- und Kunststoff-Forschung e.V. (TITK) in Rudolstadt besucht. Die Abgeordneten informierten sich über die Forschungsarbeit und sprachen mit der Geschäftsführung über die Rahmenbedingungen des Forschungsmittelstandes.

Dazu Christian Schaff, Fraktion DIE LINKE: „Im Gespräch wurde deutlich, dass es vor allem für die Vorlauf- und anwendungsnahe Forschung für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Institute und damit in dem Fall auch das TITK einer dauerhaften Investitionsförderung kombiniert mit passgenauen Projektförderungen bedarf. Das Instrument der steuerlichen Forschungsförderung helfe hingegen lediglich Großunternehmen und stelle für den KMU-Bereich keinen Mehrgewinn dar, wie Dr. Ralf-Uwe Bauer, Präsident des TITK und der Zuse-Gemeinschaft, auf meine Nachfrage bestätigte.“

Eleonore Mühlbauer, SPD-Fraktion: „Einrichtungen wie das Thüringer Institut für Textil- und Kunststoff-Forschung e.V. verfügen über die technische Ausstattung und das notwendige Know-How, um unsere Unternehmen bei der Entwicklung neuer Produkte und Technologien bis hin zur Marktreife optimal zu begleiten.“

Olaf Müller, Fraktion B90/DIE GRÜNEN. „Gerade die kleineren Thüringer Unternehmen sind angewiesen auf Erkenntnisse aus Natur- und Ingenieurwissenschaften, die schnell umsetzbar sind, dem neuesten Forschungsstand entsprechen und Nachfragetrends sowie ökologische Standards widerspiegeln. Nachhaltige Technologien werden eine immer größere Rolle spielen. Die Industrieforschung und speziell die Zuse-Institute sind deshalb ein Standbein für die Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.